

11.12.2024

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Schule und Bildung

zu dem Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/9158

Mehrsprachigkeit an Schulen neu denken – Bildung und mehr Chancengleichheit für Kinder mit internationaler Familiengeschichte!

Berichterstatter

Abgeordneter Florian Braun

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 18/9158 - wird abgelehnt.

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der SPD „Mehrsprachigkeit an Schulen neu denken – Bildung und mehr Chancengleichheit für Kinder mit internationaler Familiengeschichte!“ (Drucksache 18/9158) wurde am 15. Mai 2024 vom Plenum an den Ausschuss für Schule und Bildung zur federführenden Beratung und dem Integrationsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Die antragstellende Fraktion führt aus, dass NRW ein Zuwanderungsland sei. An den Schulen in NRW haben rund 43 Prozent der Schülerinnen und Schüler einen Zuwanderungshintergrund, an den Hauptschulen seien es sogar über 60 Prozent. Dass Kinder und Jugendliche mehrere Sprachen sprechen, sei in Schulen längst Alltag. In NRW wachsen Kinder mit internationaler Familiengeschichte neben der deutschen Sprache besonders häufig aber mit den folgenden Herkunftssprachen auf: Türkisch, Polnisch, Russisch, Rumänisch und Arabisch. Verschiedene einzelsprachliche Kompetenzen dürften dabei nicht getrennt voneinander oder hierarchisch betrachtet werden. Im Integrations- und Teilhabegesetz sei daher zu Recht verankert, dass Mehrsprachigkeit als ein wichtiges Potential für die kulturelle, wissenschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung Nordrhein-Westfalens anerkannt wird und eine chancengerechte Bildungsteilhabe ermöglicht werden soll.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, gemeinsam mit Expertinnen und Experten wie dem Landesintegrationsrat, Gewerkschaften, Lehrkräfteverbänden, Kommunen, Bezirksregierungen und Bildungs- sowie Sprachforschenden einen ganzheitlichen Ansatz zur Förderung von Mehrsprachigkeit an Schulen zu entwickeln, der die bisherigen Angebote zur Förderung von Mehrsprachigkeit miteinander verzahnt, weiterdenkt und flächendeckend ausbaut. Dieser ganzheitliche Ansatz soll u.a. folgende Punkte beinhalten: Es soll ein Ausbau des HSU erfolgen, der zeitlich besser mit dem Regelunterricht und der Kernlernzeit gekoppelt und inhaltlich mit deutschsprachigen Unterrichtsfächern, wie z.B. dem Sachunterricht verzahnt, ist. Dazu soll die Kompetenz der HSU-Lehrkräfte punktuell auch im allgemeinen Fachunterricht zum Einsatz kommen. Es soll ferner, angelehnt am KOALA-Konzept der Bezirksregierung Köln, ein landesweites Programm für koordiniertes mehrsprachiges Lernen entwickelt werden, das den Austausch und das gemeinsame Lehren von HSU-Lehrkräften und Regellehrkräften institutionalisiert. Das Programm soll dabei über die Primarstufe hinaus auch für die SEK I und die SEK II entwickelt werden.

B Beratung

Der Ausschuss für Schule und Bildung hat am 10. September 2024 eine Anhörung zu diesem Antrag durchgeführt. Der mitberatende Integrationsausschuss hat sich an der Anhörung nachrichtlich beteiligt.

Zur Anhörung des Antrags lagen folgende Stellungnahmen vor:

Urheber/in	Stellungnahme
Neslihan Aksoy-Krüger Elternnetzwerk NRW – Integration miteinander e.V. Düsseldorf	18/1732
Elias Bala Landesschüler/innenvertretung Düsseldorf	18/1677

Urheber/in	Stellungnahme
Stefan Behlau Landesvorsitzender VBE NRW Verband Bildung und Erziehung VBE NRW e. V.	18/1733
Professorin Dr. Wiebke Scharff Rethfeldt Hochschule Bremen Fakultät 3 -Gesellschaftswissenschaften Logopädie City Campus Bremen	18/1646
Tayfun Keltek Vorsitzender Landesintegrationsrat NRW Düsseldorf	18/1737
Sabine Mistler Landesvorsitzende Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	18/1712
Laura Resaei SchlaU – Werkstatt für Migrationspädagogik gGmbH München	18/1720
Professorin Dr. Judith Purkarthofer Juniorprofessorin an der Universität Duisburg-Essen (Germanistische Linguistik) Essen	18/1724

Das Wortprotokoll der Anhörung vom 10. September 2024 liegt als Ausschussprotokoll AP 18/660 vor.

Eine Auswertung der Anhörung erfolgte in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 11. Dezember 2024, die abschließende Beratung und Abstimmung am selben Tage.

Die Fraktion der SPD betonte, dass NRW ein Zuwanderungsland sei. Mehrsprachigkeit sei längst Alltag. Leider sei das System nicht darauf ausgelegt. Mit diesem Antrag solle der gesamte Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler gefördert werden und zwar im Rahmen eines ganzheitlichen Ansatzes. Auch die Sachverständigen in der Anhörung hätten dies bestätigt. Man werbe daher für Zustimmung.

Die Fraktion der AfD teilte mit, dass Mehrsprachigkeit grundsätzlich eine gute Sache sei. Aber oft seien Fremdsprachen in Schulen nicht kompatibel untereinander. Es sei ein undurchdachter Antrag, der populistisch sei und daher lehne man diesen ab.

Die Fraktion der CDU erklärte, dass das Land bereits breit angelegte und gut akzeptierte Programme zur Mehrsprachigkeit habe. Zudem gebe es Netzwerke für Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler, die mehrsprachig aufwachsen. Man sehe daher keinen Grund dem Antrag zuzustimmen.

Die Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betonte ebenfalls, dass Mehrsprachigkeit begrüßt werde. Man lehne allerdings den Antrag ab, weil dieser Antrag nicht praktikabel sei und nicht die Curricula überfordern dürfe.

Die Fraktion der FDP hob hervor, dass es ratsam sei, dass die Landesregierung hierzu langfristige Konzepte erstelle. Aber der Antrag passe nicht in die Zeit, da es derzeit eben ein großes Kernproblem für viele Schülerinnen und Schüler sei, die deutsche Sprache zu erlernen. Man lehne daher den Antrag ab.

Zur vollständigen Diskussion wird auf das später vorliegende Ausschussprotokoll APr 18/778 verwiesen.

Der mitberatende Integrationsausschuss hat in seiner Sitzung am 20. November 2024 seine Beratungen abgeschlossen. Bei der Abstimmung wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Über den Antrag, Drucksache 18/9158, wurde im federführenden Ausschuss für Schule und Bildung am 11. Dezember 2024 abgestimmt.

Bei der Abstimmung wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD abgelehnt.

Florian Braun
Vorsitz